



Ercheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigerpreis: Die kleinste Spalte 60 Pf. Wochens 2.—, Mt.— Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%.— Fernspr. 9.

Donnerstag, den 29. Juli 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 12.90 Vierteljährlich, Postbezugspreis 12.90 mit Bestellgeld. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Der bolschewistisch-polnische Krieg.

Der polnische Heeresbericht über den andauernden Rückzug.

Warschau, 28. Juli. (Generalstabsbericht vom 27. Juli.) Die 4. feindliche Armee greift weiter heftig beiderseits der Eisenbahnlinie Bialystok an. Nach der Einnahme von Solofka wurden unsere Abteilungen gezwungen, die Linie des Solofka-Flusses aufzugeben. Gegenwärtig wird nördlich der Eisenbahnstation Darnawicz gekämpft. Gleichzeitig greift der Feind am Narew in der Gegend von Semionowka und dem Städtchen Narew an. Westlich von Krushany ist der Feind im Rücken unserer Abteilungen durchgebrochen und hat unsere Reserve bei der Ortschaft Wilaj-Das an der Chaussee Krushany-Bjelsk angegriffen. Die Truppen des Obersten Anders haben bei Krushany nach heftigem Kampf den Feind aus Dolga hinausgedrängt. Während des ganzen Tages griff gestern der Feind unsere Stellung am Brückenkopf Borefa Kartuska und nördlich vom Brückenkopf in der Gegend von Sיעלע an. Posener Infanterie hat, der beträchtlichen Ueberlegenheit des Gegners und der Ermattung durch mehrtägigen Kampf in dieser Gegend nicht achtend, nicht nur alle Angriffe des Feindes abgewehrt, sondern auch in östlichen Gegenangriffen dem Feinde sehr beträchtliche Verluste beigebracht. Der Angriff des Feindes wurde durch ein orkanartiges Feuer seiner beträchtlichen Artilleriekräfte unterstützt. Die Ortschaften Borefa und Kartuska brannten vollständig nieder. Im Zusammenhang mit diesen Kämpfen im Norden haben die Abteilungen unserer polnischen Truppen Pinsk ausgegeben, das in voller Ordnung geräumt wurde. Angriffe des Feindes bei der Ortschaft Motel wurden abgewehrt. Südlich des Pripiet haben bedeutende Kampfhandlungen nicht stattgefunden. In der Gegend von Brody sucht die berittene bolschewistische Armee, verstärkt durch Infanterieabteilungen, ihr Tätigkeitsfeld nach Norden und Süden auszudehnen. Südlich von Brody wurden die Bolschewisten durch Gegenangriffe aus dem Dorfe Waschan, das sie vorübergehend genommen hatten, hinausgedrängt. Am oberen Sereth wurde am Unterlauf des Jbrucz erbittert gekämpft.

Polnische Kriegsmüdigkeit.

* Berlin, 29. Juli. Nach einem Telegramm in den Morgenblättern aus Posen entziehen sich auch zahlreiche Polen der Aushebung zum Heeresdienst, indem sie erklären, Deutsche zu sein. Täglich desertieren Hunderte von Soldaten, die teilweise mit ihren Waffen über die Grenze gehen.

Foch über die militärische Lage Polens.

(WB.) Paris, 28. Juli. Der Sonderberichterstatter des „Matin“ in Boulogne hat mit Marshall Foch gestern über die Lage in Polen gesprochen. Foch sagte, er sei zuversichtlich. Polen habe die Mittel, die Armee an einer bestimmten Stelle festzuhalten. Er habe Polen den Rat gegeben, nicht aggressiv zu sein, aber es müsse würdig bleiben und dürfe sich nicht den Willen des Siegers aufzwingen lassen. Es habe nur zu wollen und es werde nicht besetzt sein. — (Wenn die Polen mit diesem Ratsschlag zufrieden sind, dann sind sie sehr bescheiden geworden. Im übrigen scheint Herr Foch im Sprüchewachen genau so geübt zu sein, wie seine Kollegen von der andern Fakultät.)

Die Entente gegen den Streik der Danziger Hafnarbeiter.

(WB.) Paris, 28. Juli. Der Berichterstatter der „Agence Havas“ meldet aus Boulogne, es sei gestern keine Entscheidung getroffen worden, über den Zeitpunkt des Zusammentritts der Konferenz von Genf, die die Aufgabe habe, eine erste Prüfung der Wiedergutmachungsfrage vorzunehmen. Lloyd George und Millerand hätten, wie Havas weiter berichtet, dem alliierten Oberkommissar in Danzig die Weisung gegeben, er möchte sich bemühen, zu verhindern, daß der Versuch der Alliierten, Polen Beistand zu leisten, durch politische Akte wie den Streik der Hafnarbeiter, die sich gewürgert hätten, Munitionsschiffe zu entladen, durchkreuzt werde.

Bolschewistenherrschaft in Litauen.

* Kopenhagen, 29. Juli. Wie „Berl. Tid.“ aus Kowno meldet, sind die litauischen Besatzungstruppen nun aus Wilna in die festgesetzte Frontlinie zurückgezogen worden. In Wilna verblieb nur die litauische Kommandantur, um die litauische Forderung auf Zivilverwaltung geltend zu machen. Bisher haben die Bolschewiki noch kein Entgegenkommen in diesem Punkte gezeigt. Sie besetzten und bauen im Gegenteil das Räteystem nicht allein in Wilna, sondern in allen von ihnen besetzten litauischen Gebieten aus. Das Revolutionskomitee hat sich bereits in Abteilungen für soziale Fürsorge, für Ernährung

und für Volkserziehung geteilt. In allen Fabriken und Betrieben wurden Arbeiterausschüsse gebildet, die die Ordnung übernehmen sollen. Gleichzeitig wurde Befehl zur Verhaftung aller Gutsbesitzer gegeben. Die Beschlagnahme von Eigentum und die Verfolgung aller bürgerlichen Kreise ist in vollem Gange. Die bolschewistische Agitation findet jedoch bei der Bevölkerung nur wenig Anklang. Der bolschewistischen Besetzung folgten sofort Lebensmittelmangel und unerschwingliche Preise für alle Waren auf dem Fuße. Der Marsch von vier russischen Heeren durch Wilna dauerte vom 21. bis 25. Juli.

Anfragen im englischen Unterhaus.

(WB.) London, 28. Juli. Im Unterhaus erklärte gestern Churchill, es sei beabsichtigt gewesen, die in Danzig und Allenstein stehenden englischen Truppen nach Erledigung des Plebiszits zurückzuziehen. Augenblicklich würden indessen die Maßnahmen die infolge der Entwicklung auf dem polnischen Kriegsschauplatz nötig werden könnten, in Erwägung gezogen. — Auf eine Anfrage, ob es wahr sei, daß drei Bzüge mit Truppen in englischen Uniformen durch Deutschland geschickt worden seien, entgegnete Bonar Law, dieser Bericht sei lächerlich.

Zurückziehung der bolschewistischen Truppen aus Persien.

Teheran, 28. Juli. Die persische Regierung ist durch ein Radiogramm des russischen Volkskommissars des Auswärtigen, Tschitscherin, davon in Kenntnis gesetzt worden, daß alle russischen Land- und Seestreitkräfte aus dem persischen Gebiet zurückgezogen worden seien.

Aserbeidschan in bolschewistischen Händen.

* London, 28. Juli. Die „Times“ meldet aus Konstantinopel, daß Aserbeidschan sich jetzt vollständig unter bolschewistischer Herrschaft befinde. Von den sechs Oberkommissaren, die das Land jetzt regierten, seien zwei Russen, zwei Georgier und nur die beiden am wenigsten einflussreichen Tataren. Das Heer bestehe beinahe ausschließlich aus Russen, und zwar meist aus russischen Teilen der früheren Astrachanarmee, sowie der 20. bolschewistischen Division.

Das Ergebnis der Besprechungen in Boulogne.

Boulogne sur Mer, 28. Juli. Ueber die Zusammenkunft Lloyd Georges und Millerand in Boulogne dröhelt der Sonderberichterstatter der Havasagentur: Was die von der Sowjetregierung verlangte Internationale Konferenz anlangt, so werde die britische Regierung im Einverständnis mit der französischen Tschitscherin antworten, daß die Konferenz nur dann zusammentreten könne, wenn die Bolschewisten im Gegensatz zu ihrer bisherigen Haltung, damit einverstanden seien, daß Polens Schicksal dabei besprochen werde. Wenn die Moskauer Regierung diesen Vorschlag annehme, werde Millerand über die weitere Behandlung dieser Angelegenheit befragt werden und die Bedingungen stellen, die er für notwendig erachte, um die Sowjetregierung anzuerkennen. Alle berechtigten Vertreter Russlands und der Randstaaten sollen an der Konferenz teilnehmen. Lloyd George habe sich dieser Ansicht angeschlossen und die Verhandlungen mit den Ostbolschewisten aufgehoben. Polen könne aber hoffen, in unmittelbaren Verhandlungen mit Russland nicht erdrückt zu werden.

Eine weitere wichtige Entscheidung in der Frage der Inkraftsetzung des finanziellen Teiles des Übereinkommens von Spa über die Kohlenlieferungen Deutschlands ist auf die Anregung des französischen Finanzministers Marschal getroffen worden. Der Wiedergutmachungsausschuß soll beauftragt werden, die Ausführung des Übereinkommens in jeder Hinsicht zu überwachen, desgleichen die zu gewährenden Vorschüsse, von den in Betracht kommenden Verbündeten. Deutschland soll am 1. September der Wiedergutmachungskommission Schatzscheine im Werte von 60 Millionen Goldmark mit dem Verfalltag vom 1. Mai 1921 und einem jährlichen Zinsfuß von 6 v. H. übergeben. Nach dem 1. Januar 1921 sind die erforderlichen Kohlenlieferungen, welche Deutschland ähnliche Schatzscheine nach Maßgabe der Vorschüsse ausgeben. Die Vorschüsse werden den Lieferungen angepaßt werden. Der Wiedergutmachungsausschuß kann sich diesen Schatzscheinen entsprechende Beträge durch Verkauf oder Pfändung mit oder ohne Indossament an die verbündeten Mächte verschaffen. Um den Betrag der zu gewährenden Vorschüsse rascher festzustellen, kann der Ausschuß vorläufig die an Deutschland zu gewährenden Vorschüsse unter Hinweis auf spätere Bewertung auf 40 Goldmark die Tonne festsetzen. Auf diese Art würde sich der französische Schatz von den Deutschland auf Grund des Übereinkommens

zu gewährenden Vorschüssen durch ein einfaches Bankgeschäft auf die freie Ware freimachen. Die französischen Kreise sind von dieser Lösung sehr befriedigt, die den von den französischen Vertretern vorgebrachten Wünschen entspricht.

Frankreich und die russischen Waffenstillstandsbedingungen.

Genf, 27. Juli. Herr Millerand trifft heute in Boulogne mit Lloyd George zusammen zu einer Aussprache über den Antrag der russischen Sowjetregierung auf Einberufung einer Konferenz der Großmächte nach London zum Zwecke der Herstellung eines allgemeinen Friedens. Die Anregung zu dieser Besprechung ist von Lloyd George ausgegangen, der gestern früh Frankreich die betreffende Note der Sowjetregierung mitteilte. Der Wortlaut dieser Note ist noch nicht bekannt, aber sie enthält ohne Zweifel zwei Bedingungen, die es Frankreich besonders schwer machen, den Konferenzvorschlag anzunehmen. Der erste Punkt bezieht sich auf die Anerkennung der Sowjetregierung ohne vorherige Anerkennung der Anleihen des früheren Russland gegenüber Frankreich; der zweite Punkt betrifft die Bedingung der Sowjetregierung, daß die Beziehungen der Entente alle Beziehungen zur russischen Revolution abbrechen und den General Wrangel verpflichten sollen, seine Armee aufzulösen. Millerand hat gestern Abend noch einen besonderen Ministerrat abgehalten, dem er seine eigene Auffassung der Lage unterbreitete. Er hatte vorher schon Besprechungen mit verschiedenen Persönlichkeiten des Parlaments, darunter auch Barthou und Briand.

In den Wandelgängen der französischen Kammer herrschte gestern während des ganzen Nachmittags eine lebhafte Bewegung und eine geradezu kritische Stimmung. Die Gegner des Kabinetts machten Millerand zum Vorwurf, daß er sich gegenüber den Verhandlungen Lloyd Georges mit Russland nicht von Anfang an unbedingt ablehnend verhalten habe; jetzt sei Frankreich der Alternative ausgesetzt, entweder die Sowjetregierung anzuerkennen, oder sich selbst von der Londoner Konferenz auszuschließen. Im Laufe des Nachmittags verstärkte sich noch die Agitation in der parlamentarischen Welt, weil bekannt wurde, daß die Regierung noch vor den Parlamentsferien die Genehmigung eines provisorischen Kredits verlangen werde, um die nach den Abmachungen von Spa an Deutschland zu leistenden Vorschüsse flüssig machen zu können. Diese Ankündigung diente besonders den Anhängern Clemenceaus zu einem scharfen Angriff in der Sitzung der Finanzkommission, die schließlich eine Abordnung zu Millerand schickte. Es scheint aber bis jetzt, daß Millerand sich durch diesen Sturm nicht einschüchtern lassen will, sondern entschlossen ist, für die Gewährung der Kredite im Parlament die Vertrauensfrage zu stellen.

Zur äußeren Lage.

Dr. Heim's Illusionspolitik.

Köln, 27. Juli. Dr. Heim, der Führer der Bayer. Volkspartei, der bekanntlich den Plan mitverfolgt, Rheinland und Bayern vom Reich zu trennen, und sich mit Oesterreich zu verbinden, gab Dr. Deermann, dem Vorsitzenden der Christlichen Volkspartei, die Ermächtigung, folgendes über seine Stellungnahme zu Graf Bothmer und Dr. Dorten in der Rheinlandsfrage zu veröffentlichen: „Meine Beziehungen zum Grafen Bothmer waren nur rein persönlich zu verstehen in gleicher Auffassung bei inner- und außenpolitischen Fragen. Graf Bothmer teilte meine Auffassung, daß nur ein föderalistisches Deutschland die Ruhe vor Frankreich finde. Frankreich verlangt Sicherung gegen Militarismus und Revanche und stellt die Hauptgefahr in dem Bestehen Preußens. Wir haben entweder jahrelangen Druck und Verelendung zu ertragen, oder wir verständigen uns mit den Franzosen, die sagen: Wenn ihr euch föderalistisch einrichtet, habt ihr das Haupthindernis für die Verständigung weggeräumt. Ich habe immer den Gedanken vertreten, ein föderatives Rheinland muß innerhalb des Deutschen Reiches bleiben und weit über die rheinische Grenze nach Osten greifen. Rheinland, Westfalen, Nassau bis an die Wettera und Weser und weitere Teile müssen den westlichen deutschen Bundesstaat bilden. Graf Bothmer und Dr. Dorten waren nie beauftragt von mir, in der Rheinlandsfrage eine Politik zu betätigen, wie sie sie heute offenkundig getätigt haben. Meine Auffassung war unverändert die gleiche und Herrn Graf Bothmer bekannt. Sie ist in aller Stürze in einem Schreiben an Graf Bothmer schon am 12. April 1920 von mir niedergelegt.“ — Die „Frankfurter Btg.“ schreibt dazu treffend: Herr Dr. Heim entwickelt hier seine föderalistischen Gedanken offener und klarer, als er das bisher getan hat, und sucht in die Illusionen

nds 8—10 Uhr
(ng)
ERT
n
pelle Calw.
Mk. 1.—
Mk. —.50.

ung.

Freunde und
den 31. Juli

Feier

Gasthaus zur
en.

bermeister, hier,

er,
onenwirt, hier.

eren Einladung
len.

gen.

verkauf.

am Montag, den
athaus hier

Koller

emeinberat.

chte

infässer

Herbst abzugeben.
ng, Stuttgart,

swollgarne,

n- u. Damen-

Kleider,

fe jeder Art,
l reinigt waschecht
Farben rasch und
billig.
me bei:

ser, Pforzheim,
lossberg 11.

ser, Liebenzell,
rchstr. 182.

rustmühl.
ufe

ange Gänse

schöne 6 Wochen

basen,

Wk., sowie ein Paar
stiefel Nr. 39.
Karl Widmann,
Wegberggasse 318.

ge belgische

Riesen

wie eine ge-
find billig ab-
gegeben
Albert Knoll,
Altburgerstr. 285.

einzuführen, mit denen er seine Politik begründet. Könnte wirklich ein föderatives Deutschland die Franzosen zu vernünftigen Nachbarn machen? Würden sie sich nicht bald darauf berufen, der Militarismus Bayerns sei nicht weniger gefährlich wie der in Preußen? Ein föderalistisches Deutschland nach Heimschem Rezept würde gewiß bei Frankreich Beifall finden, weil es ein ohnmächtiges Deutschland wäre. Rheinbund-Deutschland unter französischem Protektorat! Herr Dr. Heim hat sich erschreckend bloßgestellt.

Der Stand der deutsch-belgischen Grenzregulierung.

Frankfurt a. M., 27. Juli. Die „Frankfurter Zeitung“ enthält über den derzeitigen Stand der deutsch-belgischen Grenzregulierungsverhältnisse folgende authentische Mitteilung: Der Vorkonferenzrat hat die Entscheidung über die Grenzregulierung getroffen, ohne der deutschen Regierung eine Antwort auf ihren Einspruch zu geben. Die Bahnlinie Nüren-Kalterherberg wird endgültig an Belgien abgetreten. Der deutschen Bevölkerung des Kreises Mönchshaus werden Erleichterungen in Bezug auf Grenze und Zölle gewährt. Aus den deutschen Ortschaften Mönchshaus und Nötgen sind deutsche Enclaves zu bilden. Als Ersatz für den abzutretenden Teil des Kreises Mönchshaus erhält Deutschland ein kleines Gebiet an der Nordgrenze des Kreises Eupen zurück, in dem das Niederschlagsgebiet des Wasserlaufes der Stadt Aachen liegt. Der deutsche Vertreter in der Grenzkommission erklärte sofort, daß die deutsche Regierung unter keinen Umständen die Rückgabe eines kleinen Teiles des Kreises Eupen als vollwertigen Ersatz für die Abtretung der Bahnlinie Nüren-Kalterherberg nebst Teilen des Kreises Mönchshaus ansehen könne. Er müsse es ablehnen, sich an den Beschlüssen zu beteiligen. Die weiteren Verhandlungen werden diese Woche in Eupen stattfinden.

Deutschostafrika englisch.

(W.B.) London, 28. Juli. Ein Regierungsdekret bestimmt die Errichtung des sog. Protektorats über ganz Ostafrika, ausgenommen Sansibar, welches ein Teil der Dominion des Sultans von Sansibar ist. Dieses neue Gebiet trägt den Namen Kolonie von Kenia. Das Dekret bestimmt, daß die Einverleibung am 23. Juli in Kraft tritt.

Die Eingeborenen von Togo wollen nicht unter französische Herrschaft.

(W.B.) London, 29. Juli. Laut „Times“ hat auf eine Anfrage im Unterhaus die Regierung mitgeteilt, daß es trotz des Widerspruchs der Einwohner von Togo gegen die Uebernahme des Gebiets an Frankreich nicht möglich sei, diese Vereinbarung zu ändern, da sie einen Teil des allgemeinen Abkommens zwischen den Alliierten bilde. Man habe im übrigen im Sommer 1919 bei der Verteilung der ehemaligen fremden Gebiete die größte Rücksicht auf Artikel 22 des Völkervertragsstatuts genommen.

Syrien unterwirft sich der französischen Herrschaft.

(W.B.) Paris, 28. Juli. Eine Havasdepesche aus Beirut berichtet, daß nach der Besetzung von Damaskus durch die französischen Truppen das Kabinett des Emir Feisal zurücktrat. Das neue Ministerium hat folgende Bedingungen des Generals Gouraud angenommen: Der Emir Feisal wird seines Thrones für verlustig erklärt. Zur Wiedergutmachung der durch den Vandalismus entstandenen Schäden wird eine Entschädigung von 10 Millionen bezahlt. Allgemeine Entwaffnung, Umwandlung der Armee in eine Polizeiwache, Auslieferung des gesamten Kriegsmaterials, Beurteilung der Hauptschuldigen durch ein Kriegsgericht. Ferner ist der Emir Feisal erlöst worden, das Land mit seiner Familie zu verlassen.

Die Entente droht der Türkei.

London, 27. Juli. Die „Daily Mail“ meldet aus Konstantinopel, daß die Alliierten der Türkei nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages zwei Monate Zeit lassen werden, um die Ordnung in Kleinasien wieder herzustellen. Gelingt es den Türken nicht, Mustafa Kemal in dieser Zeit zur Vernunft zu bringen, dann werden die Griechen diese türkische Aufgabe übernehmen. Sie werden dann als Belohnung Konstantinopel und andere Vergünstigungen erhalten. — Das ist natürlich ein großer Bluff.

Französische Kohlenpolitik in Oberschlesien.

Wer über die festländische Kohle verfügt, entscheidet über Sein oder Nichtsein von Mitteleuropa. Die Franzosen besitzen nun nach dem Friedensvertrage außer in ihrem eigenen Lande die uneingeschränkte Verfügung über die Kohle in Elsaß-Lothringen, im Saargebiet, in Oberschlesien und in gewissem Maße auch in dem Kohlenrevier von Mährisch-Ostau-Karwin. Es fehlt ihnen hauptsächlich das Ruhrgebiet.

Bei der Kohlenverteilung verfolgen sie bestimmte Zwecke, wie aus ihrem Vorgehen in Oberschlesien deutlich wird. Die ober-schlesische Kohle weisen sie nämlich in folgender Reihenfolge zu: Polen, Deutsch-Oesterreich, Italien, Oberschlesisches Abstimmungsgebiet, Eisenbahnen und Industrie im übrigen Deutschland. Erst neuerdings ist unter dem Druck der ober-schlesischen Arbeiter das ober-schlesische Abstimmungsgebiet an erste Stelle gesetzt worden. Die Zuteilung geschieht aber nicht etwa anteilmäßig nach dem Bezug ober-schlesischer Kohle im letzten Friedensjahr, sondern es erhalten Oberschlesien seinen Bedarf, Polen, Deutsch-Oesterreich und Italien festgesetzte Mengen, die deutschen Eisenbahnen und Industrie das, was übrig bleibt. Die Benachteiligung der deutschen Industrie ist also offensichtlich. Ganz einseitig wird Polen bevorzugt. Sein Anteil ist im Mai von 250 000 Tonnen auf 400 000 Tonnen monatlich erhöht worden; eine weitere Erhöhung auf 450 000 Tonnen soll bevorstehen. Polen einschließlich der neu erworbenen preussischen Gebiete hat aber vor dem Kriege nur 24 Prozent der ober-schlesischen Förderung bezogen, während es jetzt 15 Prozent der Förderung erhält.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Oberamt Calw.

Höchstpreise für Fleisch- und Wurstwaren.

Auf Grund der Verfügung der Fleischverorgungsstelle vom 20. Juli 1920 (Staatsanzeiger 167 vom 21. Juli 1920) werden für den Bezirk Calw mit sofortiger Wirkung für Rind- und Kalbfleisch sowie Wurstwaren folgende Höchstpreise festgesetzt:

Der Preis für 0,5 kg frisches (rohes) Fleisch mit eingewachsenen Knochen darf bei der Abgabe an den Verbraucher im Durchschnitt nicht übersteigen:

1. für Rind-, (Ochsen-, Kuh-) Fleisch 8,— M.
2. für Kalbfleisch 8,— M.

Beim Verkauf von Wurstwaren dürfen folgende Preise nicht überschritten werden:

1. für eine Blutwurst (Blunse) im Mindestgewicht von 100 g (abgebunden) 2,50 M.
2. für 0,5 kg Schnittwurst
 - a) Leberwurst 4,50 M.
 - b) Schwarzenmaggen, rot (Prekwurst) 5,— M.
 - c) Schwarzenmaggen, weiß (Prekwurst) 5,50 M.
 - d) Schinkenwurst, angeraucht 10,— M.
 - e) feine Streichleberwurst (sog. Berliner oder Frankfurter Leberwurst) 9,50 M.
 - f) Schinkenwurst, hartgeraucht 12,50 M.

Die Preise für Schweine- und Schafffleisch bleiben unverändert weiter bestehen.

Calw, den 26. Juli 1920.

Oberamtmann: G. S.

obgleich seine Industrie zerstört ist, und ihm jetzt auch die galizische Förderung, die im Jahre 1913 über 1,9 Millionen Tonnen betrug, zur Verfügung steht. Polen erhält demnach 62 Prozent seines Friedensbezuges an ober-schlesischer Kohle, während Deutschlands Bedarf an Kohlen nach den neuen Abmachungen in Spa unter Berücksichtigung unserer Verpflichtungen gegenüber neutralen Staaten noch nicht einmal zu 50 Prozent gedeckt ist, obgleich unsere Industrie intakt ist und die Wiedergutmachungen aufbringen soll.

Natürlich bevorzugen die Franzosen die Polen nicht um ihrer schönen Augen willen, sondern im Interesse der französischen Kapitalisten; diese sind nämlich bereits erheblich an der polnischen Industrie beteiligt, teils offen, teils durch die polnischen und (in Galizien) durch die österreichischen Banken, in denen französisches Kapital arbeitet. Wegen der österreichischen Bankbeteiligung kommt auch Deutsch-Oesterreich bei der Kohlenbelieferung verhältnismäßig gut fort. Die Kohlenverteilung in Oberschlesien bezweckt also eine Sabotage der deutschen Industrie zugunsten französischer Kapitalisten.

Im Anschluß an das Abkommen von Spa wird erwartet, daß die Entente eine bestimmte Menge ober-schlesischer Kohle — vorgeschlagen sind 1,5 Millionen Tonnen monatlich — Deutschland zuweisen wird. Das ist natürlich für die deutsche Industrie wertvoller als der ungewisse Ueberrest, auf den sie bisher angewiesen war, wenn auch Deutschland dann von einer Steigerung der Förderung keinen Nutzen hätte. Nach polnischen Quellen wollen die Franzosen aber diese kleine Vorratshilfe auf andere Weise gefährden. Denn während bisher die Kohle Oberschlesiens wie die eines selbständigen Staates verteilt wurde, soll sie künftig als deutsche Kohle behandelt werden. Das sieht nur äußerlich wie eine Anerkennung der Zugehörigkeit Oberschlesiens zu Deutschland aus, in Wirklichkeit wollen die Franzosen hierdurch das Recht haben, soviel von der ober-schlesischen Kohle für sich zu nehmen, wie das Ruhrgebiet aus irgend welchen Gründen nicht liefern würde. Diese neue Gefahr für die Industrie Ost- und Mitteldeutschlands muß bei den kommenden Verhandlungen unbedingt beseitigt werden. B. B.

Vom Reichstag.

Ein Vertrauensvotum über Spa. — Gegen die Abtretung des rechten Weichselufers.

Berlin, 28. Juli. Der Reichstag setzte heute die Besprechung der Regierungserklärungen über die Verhandlungen in Spa fort. Schließlich wurde der Antrag der Deutsch-Nationalen, der der Regierung das Bedauern über ihre Unterzeichnung ausdrückt, abgelehnt, der Antrag der Mehrheitsparteien dagegen, der die Gründe der Regierung für ihr Verhalten in Spa billigt, gegen die Stimmen der Deutsch-Nationalen und der Unabhängigen angenommen. Außerdem hatten die Unabhängigen einen Antrag auf sofortige Sozialisierung der Kohlenbergwerke eingebracht, der gegen die Stimmen der beiden sozialistischen Parteien abgelehnt wurde. Das Haus trat sodann in die Besprechung der Interpellation der Mehrheitsparteien wegen der Abtretung des Weichseluferkreises ein, in deren Verlauf sich der Minister des Innern, Dr. Simons, dem einmütigen Protest aller Parteien anschloß und erklärte, es gebe nur eine Lösung, nämlich die Zuteilung des gesamten Gebiets an das Deutsche Reich. Trozdem habe der Oberste Rat die 50 Kilometerzone und die fünf Ode an der Weichsel als eine Art Brückenkopf Polen zugesprochen. Das sei ein Verstoß gegen das Völkerrecht und das Auswärtige Amt werde alles tun, um diese Vergewaltigung hintanzubalten. Morgen Nachmittag 1 Uhr beginnt die zweite Beratung des Entwurfs über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit und die zweite Lesung des Reichsnotetats. — Schluß 8 1/2 Uhr.

Ein Antrag der Deutschnationalen über Spa.

* Berlin, 28. Juli. Die Deutschnationalen haben folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: Der Reichstag spricht sein Bedauern darüber aus, daß die Vertreter der Reichsregierung entgegen dem von ihnen vor ihrer Abreise gegebenen Zusicherungen in Spa ihre Unterzeichnung unter Abmachungen gesetzt haben, die undurchführ-

bar sind und an deren Durchführbarkeit sie nach ihren eigenen Erklärungen starke Zweifel hegten, daß sie ferner ihre Unterschrift zu Abmachungen gegeben haben, die eine weitere Einschränkung der deutschen Selbstbestimmung durch fremde Kommissionen und Kontrollen zur Folge haben.

Deutschland.

Das Reichswehrministerium gegen die Werbung für „weiße“ und „rote“ Armeen.

Berlin, 28. Juli. Seitens des Reichswehrministeriums erging an die Reichswehr folgender Befehl: Unter einem mehr oder weniger patriotischen Deckmantel werden zur Zeit in Deutschland von verschiedenen Organisationen militärische Werbungen betrieben, vor denen in der Öffentlichkeit nicht nachdrücklich genug gewarnt werden kann. Auf der einen Seite suchen gewissenlose Werber aktive und entlassene Heeresangehörige zur „Bekämpfung des Bolschewismus“ geheimnisvollen Formationen zuzuführen, die von Ostpreußen, vom Baltischen und von Finnland aus gegen das bolschewistische Rußland zu Felde ziehen wollen. Ähnliche Bestrebungen sind scheinbar im Gange, um den südrussischen Gegenrevolutionären aus der Krim Freiwillige zuzuführen. Hier scheint Major a. D. Bischoff von Ungarn aus seine Hand im Spiel zu haben. Auf der anderen Seite wird auch von bolschewistischen Kreisen Kanonensputz für die Rote Armee gesucht. Diese Art von Werbungen operiert so, daß sie ihre Leute zum Teil unter der Vertuschung, es gelte den Kampf gegen den Bolschewismus, zu einem Sammelplatz lockt, der möglichst weit von ihrem Heimatort entfernt liegt. Wenn den Getäuschten dann Mittel für die Heimfahrt fehlen, wird ihnen eröffnet, sie müßten in die Rote Armee eintreten und mit ihr den Kapitalismus aller Völker bekämpfen. Alle diese Werbungen für weiße und für rote Garden müssen auf das schärfste bekämpft werden. Wer denkt, er diene seinem Vaterland, indem er seine Haut für oder gegen Rußland zu Markte trägt, ist in verhängnisvollem Irrtum begriffen. Er schwächt nur die deutsche Neutralität, über deren Wichtigkeit sich sämtliche Parteien Deutschlands einig sind. Auch muß sich jeder klar darüber sein, daß er sich durch die Teilnahme an einem derartigen Unternehmen außerhalb des Schutzes seines Heimatlandes begibt. Es wird der deutschen Regierung nicht möglich sein, den Beschädigten Unterstützung angedeihen zu lassen oder für ihre Sicherheit einzutreten, wenn das Abenteuer, wie vorausgesehen, zusammengebrochen ist. Gegen die Verführer und Werber aber zu solchen unzulässigen Expeditionen wird mit aller Schärfe des Gesetzes eingeschritten werden, wozu die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920 die nötige Handhabe gibt.

Die Befreiung ostpreussischer Städte.

(W.B.) Boulogne, 28. Juli. Millerand und Lloyd George haben auf Grund eines Gutachtens des Marshalls Foch die gestern von der Vorkonferenz getroffene Entscheidung, die Zurückziehung der britischen und italienischen Truppen aus dem Gebiet von Allenstein und Marienwerder einzustellen, genehmigt. Millerand, Marshall Foch und Finanzminister Marshal sind gestern ebenfalls von Boulogne abgereist.

Die Franzosenherrschaft im besetzten Gebiet.

* Berlin, 28. Juli. Wie die „Tgl. Rdsch.“ aus Wiesbaden hört, sind der Regierungspräsident und der stellv. Polizeipräsident aus Anlaß der Doriensaffäre von der französischen Verwaltungsbehörde vorläufig ihres Amtes enthoben worden.

* Leipzig, 28. Juli. Die Oberrechtsanwaltschaft teilt mit, daß der Untersuchungsrichter des Rücktransport Dr. Doretens nach Wiesbaden angeordnet hat.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 29. Juli 1920.

Aufnahme ins Lehrerseminar.

Die diesjährige Uebergangsprüfung von der Präparandenanstalt ins Lehrerseminar Nagold haben u. a. erfolgreich bestanden: die Seminaristen Heimr. Weikensberger, Hugo Kümmlin, Hermann Rickart, sämtlich von Calw.

Aufhebung der Fleischkarte.

Die Fleischverorgungsstelle teilt mit: Die in einigen Tageszeitungen erschienene Notiz „Noch keine Aufhebung der Fleischkarte“ ist dahin zu berichtigen, daß in Württemberg (wie übrigens auch in Bayern) die Rationierung und Bewirtschaftung des Fleisches entsprechend den Reichsvorschriften auch fernerhin beibehalten wird, daß jedoch die Fleischkarte mit Wirkung vom 16. August d. J. ab in Wegfall kommt. Der Bezug des Fleisches durch den Verbraucher wird dann lediglich durch die Kundenliste geregelt werden.

Wer ist schuld am schlechten Brot?

Man schreibt uns: Es ist begreiflich, wenn die Bevölkerung wegen der schlechten Qualität des Brotes sich ständig in Erregung befindet. Diese Erregung macht sich, was ebenso verständlich ist, zunächst immer in den Geschäften der Bäcker selbst Luft, und es nützt nichts, wenn die Bäcker immer wieder beteuern, sie könnten aus den Mischungen, die Mehl sein sollen, kein einigermaßen gutes und bekömmliches Brot erbacken. Darauf wird aus Kreisen der Konsumenten oft erwidert, das Brot sei wahrscheinlich nur deswegen so schlecht, weil die Bäcker die zugewiesenen Mehlmengen teilweise nicht in das Brot gelangen lassen, sondern ungenügende Ersatzstoffe verwenden usw. Es wäre tatsächlich nötig, daß die Bäcker dem Publikum in den Schaufenstern Proben derjenigen „Stoffe“ vorlegten, die ihnen von der Reichsgetreidestelle bezw. den kommunalen Verteilungsstellen mit der Behauptung, es sei Mehl, überwiesen werden. Nur solche sichtbaren Beweise können die Bevölkerung davon überzeugen, daß sie den Bäckern mit ihren Verdächtigungen unrecht tut.

ihren eigenen
mer ihre Unter-
ne weitere Ein-
fremde Kom-

Die Werbung neen.

ministeriums er-
ter einem mehr
n zur Zeit in
militärische Wer-
nicht nachdrück-
liche Seite suchen
esangehörige zur
vollen Formatio-
enlande und von
land zu Felde
bar im Gange,
der Krim-Feld-
D. Bischoff von
Auf der anderen
Anonensfutter für
bern operiert so,
scheidung, es gelte
Sammelpunkt
entfernt liegt.
Heimfahrt fehlen,
Armeen eintreten
bekämpfen. Alle
müssen auf das
in seinem Vater-
land zu Marthe-
en. Er schwächt
tigkeit sich sämt-
lich muß sich jeder
ne an einem der-
seines Heimat-
nicht möglich
n zu lassen oder
entwer, wie vor-
e Beschreiber und
en wird mit aller
zu die Verord-
1920 die nötige

Städte.

d und Lloyd
des Marshalls
getroffene Ent-
und Italiens
und Marien-
Marshalls Hoch-
nfalls von Bou-

ten Gebiet.

aus Wies-
der stellv. Post-
von der franzö-
mies entzogen
schaft teilt mit,
sport Dr. Dor-

den 20. Juli 1920.

nar.
der Präparanda-
u. a. erfolgreich
nberger, Hugo
n von Calw.

in einigen Tages-
scheidung der Fleisch-
temberg wie
und Bewirtschaft-
vorschriften auch
Fleischkarte mit
a 11 kommt. Der
wird dann ledig-

Brot?

wenn die Bevölle-
tes sich ständig in
was ebenso ver-
in der Bäder selbst
immer wieder be-
Mehl sein sollen,
rot erbacken. Dar-
erwidert, das Brot
weil die Bäder die
das Brot gelangen
wenden usw. Es
Publikum in den
erlegten, die ihnen
nalen Verteilungs-
weisen werden. Nur
erung davon über-
lungen unrecht tut.

Um so erfreulicher ist es, daß endlich einmal von behörd-
licher Seite in dieser Beziehung dem Bäckerhandwerk die Ent-
lastung in Verbindung mit einem gebührenden Lob ausgesprochen
wird. Als die auf dem Zentralverbandstage des Germania-Ver-
bandes gewählte Kommission die Entschlebung hinsichtlich der
Aufhebung der Zwangswirtschaft im Reichsministerium für Er-
nährung und Landwirtschaft überreichte, äußerte sich Ministerial-
rat Dr. Müller wörtlich wie folgt:

„Ich gebe zu, daß die Bäder für die schlechte Qualität
des Brotes nicht verantwortlich sind, und es ist ersichtlich, daß
sie überhaupt noch in der Lage sind, aus dem ihnen übergeben-
nen Material ein Brot zu backen. Dies ist aller Anerkennung
wert und muß gesagt werden!“

Es wird Aufgabe der Innungen und Genossenschaften sein,
dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung endlich einmal erfährt,
daß nicht die Bäder für die schlechte Qualität des Brotes ver-
antwortlich sind.

Steuerabzug von Lohn- und Gehaltszahlungen.

Vor zuständiger Seite wird mitgeteilt: Im „Reichsanz.“
vom 24. und im „Staatsanz.“ vom 26. Juli d. J. ist nun
das Gesetz vom 21. Juli zur ergänzenden Regelung des Steuer-
abzugs vom Arbeitslohn veröffentlicht worden. Vom 1. August
ab sollen die erleichternden Bestimmungen zur Anwendung
kommen. Bis dahin gelten unverändert die bisherigen Vor-
schriften, nach denen seit 25. Juni 10 Proz. der Lohn- und
Gehaltszahlungen als Abschlagszahlungen auf die Einkommen-
steuer einzubehalten waren. Eine Rückwirkung ist den neuen
Bestimmungen nur insofern beigelegt, als untersucht werden soll,
wie hoch sich der Steuerabzug für die Zeit vom 25. Juni bis
31. Juli berechnen hätte, wenn die neuen Bestimmungen schon
von Anfang an Geltung gehabt hätten. Ergibt sich bei der
neuen Berechnung ein kleinerer Betrag als tatsächlich in diesen
5 Wochen beim Einzelnen abgezogen worden ist, dann soll der
bisherige Zuvielabzug auf die künftigen Abzüge angerechnet
werden. Da aber teils wegen Unkenntnis der gesetzlichen Be-
stimmungen, teils wegen des Widerstands gegen den Lohnabzug
nicht immer schon vom 25. Juni ab der Steuerabzug vorge-
nommen wurde, wird für die Zeit vom 25. Juni bis 31. Juli
bei Zugrundelegung der neuen Bestimmungen nur selten zuviel
abgezogen worden sein.

Nach den neuen, am 1. August in Kraft tretenden Besti-
mungen wird der Abzug nur noch an den Lohn- und Gehalts-
beträgen vorgenommen, die für den einzelnen Arbeitnehmer
täglich 5 M., oder wöchentlich 30 M., oder monatlich 125 M.
übersteigen. Der abzugsfreie Betrag erhöht sich für jede zum
Haushalt des Arbeitnehmers zählende Person (Ehefrau und
minderjährige Kinder) um 1,50 M. täglich oder 10 M. wöchent-
lich, oder 40 M. monatlich, andererseits erhöht sich der Steuer-
abzug für die größeren Einkommen. Er beträgt beispielsweise
bei einem Jahreseinkommen von 15 000—30 000 M. 15 Proz.,
jeder einzelnen Zahlung, bei einem solchen von 30 000—50 000
M. 20 Proz., u. s. f. und steigt bei einem Jahreseinkommen von
400 000 M. bis auf 50 Proz.

Durch diese ergänzende Regelung des Steuerabzugs sind
die bisher beklagten Härten und Ungleichheiten beseitigt und
damit die Gründe für den vielfach beobachteten Widerstand
gegen den Steuerabzug weggefallen. Der Steuerabzug muß
von jetzt an allgemein und gleichmäßig durchgeführt werden;
er bedeutet nicht nur keine Sonderbelastung der Lohn- und Ge-
haltsempfänger, weil ja Abschlagszahlungen auf die künftige
Einkommensteuer in Form des Abzugs vom Lohn oder Gehalt
von allen Steuerpflichtigen verlangt werden, sondern, in
Wahrheit eine erhebliche Erleichterung. Es sollte einleuchten,
daß es leichter ist, die Steuer in kleineren Teilbeträgen all-
mählich zu entrichten, als bei Empfang des Steuerzettels den
ganzen Steuerbetrag in kurzer Zeit erlegen zu müssen.

Der schwarze Kater.

Erzählung von E. A. Poe.
(Nachdruck verboten.)

Die Geschichte, die ich erzählen will, ist ebenso unheimlich
wie sie einfach ist. Ich erwarte nicht, daß man sie glaubt, und
verlange es auch nicht. Eine solche Forderung wäre ja auch
Wahnwitz, wo ich sogar geneigt bin, das Zeugnis meiner eigenen
Sinne abzulehnen. Mein ich bin nicht wahnwitzig, und es war
auch sicher kein Traum. Ich muß morgen sterben, und deshalb
will ich heute meine Seele von einer schrecklichen Last befreien,
indem ich dem Urteil der Welt kurz und klar eine Reihe häuslicher
Begebenheiten unterbreite, die in ihrer Folge für mich die Ursache
des Entsetzens, der Pein und schließlich des Untergangs geworden
sind. Ich will nicht den Versuch machen, eine Erklärung dafür
zu finden. Wir haben sie nur Schauder verurteilt. Andern-
Leuten mögen sie vielleicht mehr seltsam als schauerlich vorkom-
men. Es ist möglich, daß ein späterer Forscher imstande sein
wird, das auf ganz natürliche Weise zu erklären, was jetzt als
eine Ausgeburt des Wahnsinns erscheint. Eine kühnere und
klarere, weniger leicht erregbare Verstandeskraft als die meinige
sieht in den Vorgängen, die ich nur mit Furcht und Grauen
erzählen kann, vielleicht nichts anderes als eine ganz natürliche
Kette von Ursachen und Wirkungen.

Seit meiner frühesten Jugend war ich durch mein weiches,
leicht zu beeinflussendes Gemüt bekannt. Meine Spielgefährten
spotteten oft über die Weichheit meiner Gefühle. Ich hatte be-
sonders eine Liebhaberei für Tiere, und meine nachsichtigen Eltern
gestatteten mir, eine große Anzahl meiner Lieblinge zu halten.
Mit ihnen verbrachte ich den größten Teil des Tages, und es
waren meine glücklichsten Stunden, wenn ich sie fütterte und lieb-
te. Diese Seite meines Wesens entwickelte sich in dem Maße

Da die Bestimmungen über den Steuerabzug auf Reichs-
gesetz beruhen und Ausnahmen im Gesetz nicht vorgesehen sind,
sind weder die Finanzämter, noch das Landesfinanzamt in der
Lage, die gesetzlichen Bestimmungen abzuändern oder Aus-
nahmen zu bewilligen. Befreiungsgesuche und dergl. sind daher
zwecklos und schon aus Rücksicht auf die überlasteten Steuerbe-
hörden zu unterlassen. Eine Befreiung in jedem einzelnen
Fall wäre aus Mangel an Zeit sowieso undurchführbar.

Hinzuweisen ist schließlich noch darauf, daß nach § 50 des
Eink.St.Ges. der Arbeitgeber dem Reich für die Durchführung
des Steuerabzugs haftet, und daß diese Haftung auch für die
Zeit vom 25. Juni bis 31. Juli grundsätzlich bestehen geblieben,
d. h. durch das Ergänzungsgesetz vom 21. Juli nicht geändert
worden ist. Die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz
werden sofort nach Erscheinen veröffentlicht.

Rücktrittsrecht der Finanzbeamten.

Das Rücktrittsrecht der in den Reichsfinanzdienst übernom-
menen Landesbeamten erlischt drei Monate nach Verkündigung
des Reichsbefolgungsgesetzes. Diese Frist läuft am 4. August
ab. Da die Frage der Einfufung der Beamten in die neue
Reichsbefolgungsordnung noch nicht vollständig erledigt ist, hat
das Reichsfinanzministerium die Landesregierungen ersucht,
sich damit einverstanden zu erklären, daß die Frist zur Ausübung
des Rücktrittsrechts verlängert werde und zwar auf die Dauer
von 4 Wochen, beginnend mit dem Zeitpunkt der Bekanntgabe
der endgültigen Einfufung. Die württ. Regierung hat, lt.
„Staatsanz.“, bereits am 19. Juli ihr Einverständnis erklärt.

Neue Anerkennung für die württembergischen Truppen.

General Ludendorff hat dem Herausgeber der „Eglinger
Zeitung“, Otto Beckhe, anlässlich der von ihm verfassten Ge-
schichte des Ulmer Grenadier-Regiments im Weltkrieg u. a.
geschrieben: Auch Ihr Buch wird dazu beitragen, die Erinnerung
an unsere gewaltigen Leistungen wachzuhalten. Was die
württ. Truppen vollbrachten, gehört zu den glänzendsten Taten
dieser an männlichem Handeln so reichen Zeit.

Schlagworte.

ep. Worte sind da, um zu kennzeichnen, mitzuteilen, zu
klären, zu überzeugen, abzuwehren, aber nicht um zu schlagen,
am wenigsten um totzuschlagen. Schlagworte aber schlagen tot.
Sie töten gute Gedanken; sie schlagen auf eine gute Sache oft
so lange hinein, bis sie tot ist. Wie viel Gutes haben wir
uns z. B. im Krieg mit dem Worte „Schwindel“ totgeschlagen.
Bei vielen Leuten hieß alles, was mit dem Krieg zusammen-
hing, Schwindel. Damit haben wir nicht bloß tatsächlich vor-
handenen Schwindel geoffen, sondern viel mehr noch wert-
volle Kräfte, gute Einrichtungen, edle Persönlichkeiten. Die
unser Vertrauen hätten haben sollen, anstatt Mißhandlung durch
Schlagworte. Reiflich ist es jetzt. Was kann man nicht
alles totschlagen mit den Schlagworten der Revolutionszeit,
als da sind „reaktionär“, „vaterlandslos“, „verjudet“, „pöflich“.
Es ist freilich so bequem, den Dingen und Menschen eine üble
Eigenschaft anzulieben und sie damit zu „erledigen.“ Man braucht
dann nicht weiter zu denken; das Schlagwort tötet die Gedan-
ken, namentlich auch dessen, der es gebraucht. Jedes Wort,
auch wenn es ursprünglich einen guten, klaren, berechtigten
Sinn hat, wird zum Schlagwort, wenn man es gedankenlos
gebraucht, um Unbequemes damit abzutun. Besonders der Zei-
tungsreiber und Zeitungsleser, der politische Redner und
Parteimanipulant muß sich vor Schlagworten hüten. Wer mit seinen
Worten kräftige und rasche Wirkung erzielen will, greift leicht
zu Schlagworten. Es kommt aber doch wohl mehr darauf an,
daß wir Gutes wirken und für die Wahrheit eintreten; auf-
bauen und Leben schaffen sollen unsere Worte, nicht aber ein-
reißen und totschlagen — als Schlagworte.

als ich größer wurde, und noch im Mannesalter war sie für mich
eine Hauptquelle des Vergnügens. Die aus solchen Neigungen
entpringende innere Befriedigung brauche ich, solchen Leuten
nicht näher zu erklären, die selbst einmal einen treuen und klugen
Hund geliebt und gehegt haben. In der selbstlosen und auf-
opferungsfähigen Anhänglichkeit eines Tieres liegt etwas, das
unmittelbar zum Herzen desjenigen spricht, der öfters Gelegen-
heit hatte, die Vermislichkeit und Unbeständigkeit in Bezug auf
Freundschaft und Treue zu erproben.

Ich heiratete sehr jung, und hatte das Glück, bei meiner
Frau eine Gemütsart zu finden, die der meinigen entsprach. Als
sie meine Vorliebe für Haustiere entdeckte, benützte sie jede Ge-
legenheit, um die schönsten Arten zu erwerben. Auf diese Weise
hatten wir schließlich Vögel, Goldfische, einen schönen Hund,
einen kleinen Affen und einen Kater.

Dieser war ein auffallend großes und schönes Tier, voll-
ständig schwarz und erstaunlich geschickt. Wegen seiner Klugheit
machte meine Frau, die nicht ganz frei von Aberglauben war,
öfters Anspielungen auf die im Volke heimische Anschauung, nach
der die schwarzen Katzen als verkleidete Hexen galten. Nicht,
als ob meine Frau es jemals ernst damit gemeint hätte; ich er-
wähne die Sache überhaupt bloß deshalb, weil sie mir zufällig
jetzt gerade wieder einfällt.

Pluto — so hieß der Kater — war mein bevorzugter Lieb-
ling und Spielgefährte. Ich allein gab ihm Futter, und er be-
gleitete mich im ganzen Haus herum auf Schritt und Tritt. Nur
mühsam war er davon abzuhalten, daß er mir nicht auch auf die
Straße folgte.

So dauerte unsere Freundschaft mehrere Jahre hindurch,
und in ihrem Verlauf hatten mein Temperament und mein Cha-
rakter, wie ich nicht ohne Erröten gestehen muß, eine vollständige
Umwandlung nach der schlimmen Seite hin erfahren infolge

Aus- und Einfuhrbewilligung.

Die württ. Beratungsstelle für Aus- und Einfuhr wird
einer Verfügung des Arbeitsministeriums vom 1. 11.
aufgelöst. Ihre Zuständigkeit geht an den Beauftr.
Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung
hiesigen Zweigstellen der Außenhandelsstellen über. E.
in Stuttgart eine Außenhandelsnebenstelle für Zünd-
Zündapparate, deren Zuständigkeit sich auf das ganze R.
streckt, eine Preisprüfungsstelle für Feinmechanik und Opt.
Süddeutschland, und je eine solche für die Holzverarbeitend.
Industrie, für Eisen- und Stahlwaren und für Aluminium.
Anträge auf Aus- und Einfuhrbewilligung sind ab 1. August
an den Beauftragten des Reichskommissars oder die Zweig-
stellen, sämtliche in Stuttgart, Lindenstr. 4, zu richten. Zur
Wahrung der Interessen des württ. Außenhandels wird als
reines Selbsterhaltungsorgan aus Vertretern von Gewerbe und
Handel ein württ. Außenhandelsausschuß gebildet werden.

Die südd. Staaten zum Abbau der Zwangswirtschaft.

* Die süddeutschen Regierungen von Württemberg,
Baden, Bayern und Hessen (vertreten durch die Ernährungs-
minister der Länder) waren kürzlich in Würzburg versam-
melt, um über die Zwangswirtschaft und ihre Aufhebung zu
beraten. Den Vorsitz führte der bayer. Landwirtschaftsminister
Waghofer. Man entschloß sich dabei zu gemeinsamem Vor-
gehen gegen die Reichsstellen und richtete an das Reichsernäh-
rungsministerium folgenden Beschluß: Sämtliche süddeut-
schen Regierungen verlangen die sofortige Aufhebung
der Zwangswirtschaft für Eier, Obst, Getreide, Kleinvieh,
Tabak, Flachs und Hanf. Die Aufhebung der Zwangswirt-
schaft bei der Kartoffel soll erst am 15. September begin-
nen. Die Zwangsbewirtschaftung soll dagegen ausreicht erhal-
ten werden für Brotgetreide und Kleie, Wolle, Wollereiprodukte,
Zucker, Melasse, Brenn- und Baustoffe. Zum Schluß wird dem
Reich unterbreitet, die süddeutschen Staaten würden sofort
selbständig vorgehen, wenn das Reich verärgert, und sie
würden auch das Ende der Kriegswirtschaft herbei-
führen. Künftig sollten jeden Monat solche süddeutsche Mi-
nisterkonferenzen stattfinden und eine einheitliche Stellung-
nahme in Wirtschafts- u. Ernährungsfragen angestrebt werden.

Pferde aus Heeresbeständen.

Bei der überstürzten Demobilisierung sind viele Heeres-
güter, insbesondere Pferde gestohlen oder durch unbefugte
Privat- oder Militärpersonen und durch unzuständige Stellen
verkauft oder zu Schleuderpreisen abgegeben worden. Die
Werte, die dadurch dem Volksvermögen entzogen wurden, be-
tragen Millionen. Die derzeitigen Besitzer dieser Pferde kennen
durch einen derartigen Erwerb kein Eigentum erlangen, so
daß solche dem Reichsvermögen abhanden gekommenen Pferde
heute noch Eigentum des Reichsiskus sind.

Es ist die Pflicht jedes ansässig Gesinnten, solche Fälle
unzulässiger Veräußerung von Heerespferden der zuständigen
Behörde (Erfassungsabteilung Württembergs des Reichschat-
tensministeriums, Stuttgart, Königshau) mitzuteilen. Auch für
diese Anzeigen werden die gleichen Belohnungen wie für das
sonstige wiederbeigebrachte Heeresgut bezahlt. Namen der An-
zeiger werden geheim gehalten.

Denjenigen Pferdehaltern, welche den Besitz solcher Pferde
zwecks Nachprüfung der Rechtmäßigkeit des Erwerbs bei der
Erfassungsabteilung in Stuttgart bis spätestens 31. August 1920
freiwillig anmelden, wird weitgehendes Entgegenkommen gezeigt
werden. Vor allem werden in diesen Fällen beim Nachweis
eines wirtschaftlichen Bedürfnisses die Pferde den derzeitigen
Besitzern gegen eine entsprechende Nachzahlung rechtmäßig über-
eignet und es wird bei der Abschätzung und Preisbestimmung,
welche mit Unterbreitung der Pferdeabteilung des württ. Heeres-
abteilungsamts bzw. der Landwirtschaftskammer geschieht,
wohlwollend verfahren werden.

jenes Teufels — der Unmöglichkeit. Meine schlechte Stimmung
nahm täglich zu. Ich wurde empfindlicher und schonungsloser
gegen die Gefühle anderer. Selbst meiner Frau gegenüber schlug
ich oft einen rücksichtslosen Ton an, und schließlich vergriff ich
mich sogar körperlich an ihr. Es läßt sich denken, daß auch die
Schar meiner Lieblinge meine veränderte Stimmung empfinden
mußte. Nicht nur, daß ich sie vernachlässigte, ich mißhandelte
sie sogar. Für Pluto jedoch beharrte ich immerhin soviel Rück-
sicht, daß ich ihn nicht mißhandelte, wie ich es gewissenlos mit
den Kaninchen, dem Affen oder sogar auch mit dem Hund tat,
wenn der Zufall oder ihre Anhänglichkeit sie mir in den Weg
führte. Meine Krankheit gewann immer mehr Macht über mich
— und welche Krankheit ist an Hartnäckigkeit dem Gange zum
Alkohol zu vergleichen? Zuletzt begann auch Pluto, — der alt
und deshalb launisch wurde, — die Auswüchse meiner schlechten
Laune zu erleiden.

Ich lebte eines Abends aus einer meiner Stammweinen
sehr betrunken nach Haus, und da bildete ich mir ein, der Kater
vermeide meine Gegenwart. Ich griff nach ihm, dabei verfehte
er mir, wahrscheinlich aus Furcht vor meiner Heftigkeit, mit den
Zähnen eine leichte Schramme an der Hand. In diesem Augen-
blick packte mich eine geradezu dämonische Wut, so daß ich mich
selbst nicht mehr kannte. Es war gerade, als ob mein eigen-
liches Wesen plötzlich von mir gewichen sei und eine mehr als
teufelhische, vom Schnaps entzündete Bosheit in allen meinen
Nerven zuckte. Ich zog ein Taschenmesser hervor, öffnete es,
faßte das arme Tier an der Kehle und schnitt ihm langsam das
eine der beiden Augen aus der Höhle heraus! Während ich diese
fluchwürdige Schändlichkeit niederschrieb, überläuft es mich ab-
wechselnd glühend heiß und mit eisiger Kälte.

(Fortsetzung folgt.)

Die Leihpferde in der Landwirtschaft.

Das Wehrkreiskommando 5 teilt amtlich mit: In letzter Zeit haben sich an verschiedenen Orten Landwirte, denen Militärpferde leihweise überlassen worden waren, geweigert, diese dem sie zurückfordernden Truppenteil zurückzugeben. Die Landwirtschaft kann überzeugt sein, daß ohne ganz dringlichen Grund kein ausgeliehenes Pferd vor Beendigung der Ernte zurückgegeben wird, da die Militärbehörden den durch die Maul- und Klauenseuche erzeugten Zustand wohl zu würdigen wissen. Wenn aber die Militärverwaltung nicht die unbedingte Sicherheit bestift, die Pferde sofort zurückzuerhalten, wenn besondere Gründe dies erfordern, so ist sie nicht mehr in der Lage, Pferde leihweise der Landwirtschaft zu überlassen. Die Schultheißenämter, landwirtschaftlichen Organisationen und jeder einzelne Landwirt handeln daher im eigenen Interesse der Landwirtschaft, wenn sie bei den Entlehnern von Militärpferden auf die unbedingte Befolgung etwaiger Rückforderungen hinwirken. Es sei übrigens noch darauf hingewiesen, daß die Pferde von einzelnen Landwirten überanstrengt und schlecht gefüttert werden, so daß lebhaftes Klagen der Truppenteile beim Wehrkreiskommando darüber einlaufen.

Mutmaßliches Wetter am Freitag und Samstag.

Ein kräftiger Hochdruck beherrscht die Wetterlage, doch sind auch noch flache Luftsenkungen vorhanden. Am Freitag und Samstag ist vorherrschend trockenes, nur zeitweilig bedecktes Wetter und Wiedererwärmung zu erwarten.

Eröffnung des Handwerker-Erholungsheims und Bads.

CEB. Bad Niedernau, 27. Juli. Eine uralte, schon den Römern bekannte Heilstätte, seit 100 Jahren im Besitz der dort

ansässigen einst aus Kottendorf stammenden Familie Raibt, während des Kriegs Reservelazarett und in den letzten Jahren vom Verband Württ. Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen angekauft, wird, nachdem es in den letzten Monaten einer durchgreifenden Neuherstellung unterzogen worden ist, anfangs August ds. Js. seiner ursprünglichen Zweckbestimmung wieder zugeführt werden. Das Bad dient in erster Linie als Erholungsstätte für Angehörige des gewerblichen Mittelstands, ist aber auch allen sonstigen Personen zugänglich. Auch als Tageswirtschaft (Ausflügler, Studentenveranstaltungen usw.) wird das Bad, nachdem es gerade nach dieser Richtung hin durch einen vollständigen Neubau erweitert worden ist, allen Anforderungen gerecht werden. Der Verwaltung ist es gelungen, die bisherige Besitzerin, Frau Anna Raibt, als Pächterin zu gewinnen, so daß Gewähr für eine gute Betriebsführung gegeben ist.

(CEB.) Wildberg, O. A. Nagold, 28. Juli. Die Ausmarschiereten hiesiger Gemeinde erhielten durch den Sohn des hiesigen Kirchenpflegers, der seit 30 Jahren in Amerika ist, 9200 M. überwiesen. Die Kriegsbeschädigten erhielten 50 M., die Hinterbliebenen eines Gefallenen 100 M., außerdem fanden auch alte und gebrechliche Leute Berücksichtigung.

(CEB.) Weihingen, O. A. Ludwigsburg, 27. Juli. Die Maul- und Klauenseuche hat hier innerhalb 3 Wochen böse Folgen hinterlassen, da in 70 verseuchten Ställen schon über 100 Stück Rindvieh und eine große Anzahl Ziegen und Schweine gefallen sind. Verschiedene Besitzer haben nun gar kein Vieh mehr und die Milchablieferung ist gleich Null. Wenn die Seuche in der bösartigen Form noch einige Zeit anhält, stehen wir vor einer Katastrophe.

(CEB.) Heidenheim, 27. Juli. Der 12jährige Sohn des verstorbenen Kaufmanns Müller spielte mit einem geladenen Revolver. Pöblich trachte ein Schuß und ging dem Knaben ins Gehirn, so daß er bald darauf verschied.

(CEB.) Schnaitheim a. Br., 27. Juli. Hier wurde eine aus Landwirten, Gewerbetreibenden und Verbrauchern gebildete Preisprüfungs-Kommission eingesetzt, die eine gesunde Preisbildung herbeiführen soll.

(CEB.) Langenan, 27. Juli. An der Maul- und Klauenseuche sind immer noch 39 Ställe verseucht, 110 Stück Vieh sind gefallen.

(CEB.) Offenhausen O. A. Münsingen, 28. Juli. Die Versteigerung von ausgemusterten Pferden des Landgestüts war außerordentlich stark besucht. Verkauft wurden fünf jüngere und ältere Stuten, sie kamen auf 11 300 bis 20 030 M. 14 jüngere und ältere Wallache wurden durchschnittlich zu 16 000 M. abgesetzt. Den höchsten Erlös brachte der 3jährige Colenso mit 20 100 M. Das Remonteamt Breitbühl gab neun zum Truppendienst ungeeignete 3jährige Remonten zu Preisen von 4700 bis 15 140 M. ab.

(CEB.) Münsingen, 27. Juli. Am Samstag wurden die Schafweiden des Truppenübungsplatzes verpachtet. Die Versteigerung der 3800 Hektar umfassenden Weidestücke erbrachte heuer nur 362 644 M. gegenüber 452 000 M. im Vorjahr. — Württembergische und bairische Manen und Dragoner, die zusammen das Reiterregiment 18 bilden, sind auf dem Übungsplatz eingetroffen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Selkman, Calw. Druck und Verlag der A. Olschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.
Buttermarke 2 kann eingelöst werden.

Oberkollwangen. Papierholz-Verkauf.
Aus dem Gemeinewald kommen am Montag, den 2. August, nachmittags 1 Uhr, im Rathaus hier **84 Nm. Papier-Roller** zum Verkauf.
Gemeinberat.

Mittwoch, den 27. Juli 1920.
Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme, welche uns bei dem Hinscheiden unserer lieben Tochter, Schwester, Schwägerin u. Tante **Anna Bolz** zuteil wurde, insbesondere für die zahlreichen Blumenpenden und die zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte, für den erhebenden Gesang des Herrn Hauptlehrer Eberspächer mit seinen Schülern, für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrer Schleich, sowie den Herren Ehrenträgern, sagen wir herzlichsten Dank.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Die Eltern: Christian Bolz und Frau.

BEDEUTENDSTES PFÄLZISCHES FLASCHENWEINHAUS
sucht in Calw und Umgebung einen in den einschlägigen Geschäften, Hotels und bei besseren Privaten gut eingeführten **VERTRETER**
Verlangt wird: Umsichtige und gründliche Arbeit Geboten wird: Hohe Provision und umfangreiche Unterstützung durch Propaganda jeder Art. Geboten mit Referenzen unter **H. 10 732** an Exped. D. Frenz, G. m. b. H., Mainz erbeten.

Bürofräulein
In Stenographie und Maschinenschriften, sowie vorkommenden Büroarbeiten bewandert, findet in der Nähe von Calw angenehme Stellung.
Angeb. mit Bild unter Nr. 1178 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Zur gefl. Kenntnissnahme!
Da wir einen Teil unserer Postauslage infolge Ausfalls eines Nachmittagszuges schon vormittags abliefern müssen, muß der **Schluß der Anzeigenannahme** von 9 Uhr vormittags **schon auf 8 Uhr morgens** zurückverlegt werden.
Anzeigen, die nach 8 Uhr auf unserer Geschäftsstelle einlaufen, können nicht mehr am gleichen Tag veröffentlicht werden.
Geschäftsstelle des „Calwer Tagblatt“.

Forstamt Hirsau.
Stangen- und Reisig-Verkauf.
Am Dienstag, den 3. Aug. nachmittags 3 1/2 Uhr, im „Schwanen“ in Hirsau, aus Staatswald Lützenhardt Abteilung 2 Kohlberg: 71 sichte Baustangen I. Kl., 10 Hagstangen I. und II. Kl.; vom Scheidholz aus Altbürgerberg und Lützenhardt: 20 Reischläge geschägt zu 1700 Wellen.

Schafwollgarne, Herren- u. Damen-Kleider, Stoffe jeder Art, färbt und reinigt waschecht in allen Farben rasch und billig.
Annahme bei:
R. Reisser, Pforzheim, Schlossberg 11.
E. Reisser, Liebenzell, Kirchstr. 182.


Eine **Mugkuh** und ein **Zuchtrind** hat zu verkaufen **Gottlieb Bolz, Hirsau.**

Erdöl, Kerzen, Zündhölzer
empfiehlt **R. Hauber.**
Schöne 5-Zimmerwohnung in Eßlingen gegen ebensolche in Liebenzell zu tauschen gesucht. Eventl. Kauf eines Einfamilienhauses. Ang. unt. S. E. 2947 an Ma Haasenstein & Vogler, Stuttgart.

5-600 Liter Most hat zu verkaufen **Hermann Seeger, Neubulach.**
5-600 Liter Most hat abzugeben. Wer, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.
Liefere von nächster Woche ab jedes Quantum **Stroh** franks zu billigsten Tagespreisen.
Karl Wolf, Wirt, Weilderstadt, Tel. 34.

1 Zimmer oder nur Schlafgelegenheit bei Private für eine Person für Monat August gesucht.
Gefl. Angebote erbeten unt. Sch. 3. 10 an die Geschäftsstelle des Blattes.
Milchschweine

6 Wochen alt, hat zu verkaufen **Karl Eberle, Lehnigen, Amt Pforzheim.**

Ein 4 Monate altes **Fohlen** Belgier Schlag, sowie ein 6-7 Jahre altes **Pferd** (Fuchswallach), sehr dem Verkauf aus **Jakob Süßer, Stammheim.**


Junge **Schafkuh** verkauft **Leitche, Hof Waldeck.**
Gute Mandoline sucht zu kaufen. Angeb. unter E. 154 mit Preis an die Geschäftsst. d. Bl.

Hochzeits-Einladung.
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 31. Juli 1920 stattfindenden **Hochzeits-Feier** im Gasthaus „zum Hirsch“ in Althengstett freundlichst einzuladen.
Johannes Schlotterbeck, Sohn des Martin Schlotterbeck in Mühlen.
Barbara Stückel, Tochter des Gustav Stückel in Althengstett.
Kirchgang um 1 Uhr in Althengstett.

Liebenzell. Hochzeits-Einladung.
Wir beehren uns Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 31. Juli 1920 stattfindenden **Hochzeits-Feier** im Gasthof „zur Linde“, hier freundlichst einzuladen.
Richard Vette, Sohn des Jakob Vette, hier.
Marie Pregelger, Tochter des Ludwig Pregelger, hier.
Kirchgang um 1 Uhr.

Noch neuer **Waschkessel, Aufsatz zu Vertikow, Tisch, Kaffeeservice, Küchengerät** zu verkaufen
Hirsau, Landhaus Friz, Pletschenau.

Schütze Deinen Stall vor Maul- und Klauenseuche mit **Kawie.**
Sicher wirkendes Desinfektionsmittel. Zu haben: **Ritterdrogerie Calw.**

Achtung.
Von heute an bis auf Weiteres ist **jeden Samstag von mittag 4 Uhr bis Sonntag nachmittag das Dampfbad in Althengstett** zur allgemeinen Benützung geöffnet und wird es hiesigen wie auswärtigen Besuchern bestens empfohlen.
E. Wilbbrett, Althengstett
Homöopath und Naturheilpraktiker.